

20.11.2014, 05:30 Uhr

Frontalangriff auf Strassburg

Ueli Maurer beantragt Kündigung der Menschenrechtskonvention

Markus Häfliger, Bern 20.11.2014, 05:30 Uhr



Nie mehr ein Schweizer Fall? Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg. (Bild: Vincent Kessler / Reuters)

Der Konflikt um das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht spitzt sich zu: Ueli Maurer sagt, die Menschenrechtskonvention sei mit der Souveränität der Schweiz nicht mehr kompatibel.

Der Oppositionskurs der SVP gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) erreicht einen neuen Höhepunkt. Gemäss zuverlässigen Informationen verlangte Ueli Maurer am Mittwoch in einem Mitbericht, dass der Bundesrat dem Parlament formell die Kündigung der EMRK beantrage. Im Gesamtbundesrat blieb Maurer chancenlos. «Eine Kündigung der EMRK ist für den Bundesrat keine Option», hielt dieser nach der Sitzung in einem Communiqué fest, ohne Maurers Antrag zu erwähnen. Der Bundesratssprecher André Simonazzi sowie Maurers Pressestelle wollten sich nicht zu dem Antrag äussern, weil die Entscheidungsfindung des Bundesrats vertraulich sei.

Auf griechischen Spuren

Alleine schon die Tatsache, dass eine europäische Regierung an einer Regierungssitzung offiziell die Kündigung der EMRK diskutiert, ist bemerkenswert. Bisher ist erst ein einziger Mitgliedsstaat aus der Konvention ausgetreten, und auch das nur vorübergehend, nämlich Griechenland während der Militärdiktatur zwischen 1969 und 1974.

Anlass für Maurers Antrag war ein Bericht zum 40-Jahr-Jubiläum des Schweizer EMRK-Beitritts, den der Bundesrat am Mittwoch behandelte (vgl. untenstehenden

Artikel). Die 74-seitige Bilanz, die das Justizdepartement verfasst hatte, sei umzuschreiben, verlangte Maurer und gab dafür dem Vernehmen nach auch die Stossrichtung vor: Der Bericht müsse einen Widerspruch zwischen der «Souveränität» und der EMRK aufzeigen, verlangte Maurer, und wegen dieses Widerspruchs sei die EMRK zu kündigen.

Über die Souveränität sprach [Maurers schon in seiner Rede an der letzten SVP-Delegiertenversammlung](#) in Rothenthurm. Damals führte Maurer aus, die Schweizer Souveränität sei durch zunehmende «internationale Bindungen» gefährdet. Er halte «die gegenwärtige Entwicklung für sehr gefährlich», sagte der SVP-Bundesrat. Die EMRK erwähnte er damals jedoch nicht.

Wohlwissend, dass er im Bundesrat chancenlos bleiben würde, schob Maurer in seinem Mitbericht einen Eventualantrag nach: Darin verlangte er die Kündigung und den gleichzeitigen Wiederbeitritt zur EMRK, der jedoch dem obligatorischen Referendum unterstehen müsse. Als die Schweiz 1974 die EMRK ratifizierte, sah die Verfassung noch keine Abstimmung vor. Auch dieser Vorschlag war nicht mehrheitsfähig.

Volksinitiative angekündigt

Mit seinen Anträgen liegt Maurer auf Parteilinie. Am 25. Oktober beschlossen die SVP-Delegierten die Lancierung einer Volksinitiative «Schweizer Recht geht fremdem Recht vor». Der provisorische Initiativtext sieht vor, dass völkerrechtliche Verträge gekündigt werden, sofern sie Verfassungsbestimmungen widersprechen. Indirekt zielt die Initiative auch – oder primär – auf die EMRK. Laut dem SVP-Generalsekretär Martin Baltisser ist die Partei dabei, den Initiativtext zu bereinigen. Schon relativ bald werde er bei der Bundeskanzlei zur Vorprüfung eingereicht.

Für den Gesamtbundesrat sei die EMRK «fundamental», sagt der Bundesratssprecher Simonazzi. Die Konvention schütze alle Bürger gegen «die Willkür des Staates». Das gelte nicht nur für alle Einwohner der Schweiz, sondern auch für Schweizer im Ausland.

Dem Autor auf Twitter folgen:

[Follow @M_Haefliger](#)

MEHR ZUM THEMA

Europäische Menschenrechtskonvention
Der Bundesrat wünscht sich «mehr Gelassenheit» gegenüber Strassburg

19.11.2014, 20:01 Uhr

Vorprüfung von Volksinitiativen
Bürger sollen ihren Willen unverfälscht äussern

5.12.2013, 08:00 Uhr

SVP-Initiative angekündigt **Kontroverse um Völker- und Landesrecht**
Wort und Stand als oberste **Vorrang für die Verfassung**
Instanz

12.8.2014, 16:42 Uhr

20.10.2014, 19:20 Uhr